

Rechtsfragen der internationalen Zusammenarbeit zum Schutz der Umwelt

Dr. OSKAR HUGLER, Berlin

Am 28. Oktober 1982 hat die UN-Vollversammlung eine Weltnatur-Charta (World Charter of Nature) verabschiedet. Dieses Dokument, das von dem Weltforum mit nur einer Gegenstimme (USA) angenommen wurde, basiert auf der von den Vereinten Nationen wiederholt bekräftigten Forderung, auf nationaler wie auf internationaler Ebene wirksame Maßnahmen zum Schutz der Natur und zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit in diesem Bereich zu ergreifen. Sein Anliegen unterstreicht die Dringlichkeit der Lösung eines globalen Problems unserer Zeit, das angesichts der wachsenden Gefahren für die „ökologische Sicherheit“ der Staaten zu einem immer gewichtigeren Faktor in der internationalen Politik wird.

Daß dieses Problem durchaus zu lösen ist, haben die höchsten Repräsentanten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in der Politischen Deklaration vom 5. Januar 1983 nachdrücklich unterstrichen: „Ende des 20. Jahrhunderts stehen vor der Menschheit akute globale Probleme sozialökonomischer, demographischer und ökologischer Natur. Beim heutigen Stand der Produktivkräfte, der Wissenschaft und Technik in der Welt sind die erforderlichen materiellen und geistigen Ressourcen vorhanden, um diese grandiosen Probleme praktisch zu lösen.“! Eine diesen Zwecken dienende weltweite Zusammenarbeit bedarf angesichts der Zuspitzung der internationalen Lage nicht nur der notwendigen ökonomischen Potenzen, sondern — wie die Politische Deklaration betont — auch der vereinten politischen Anstrengungen aller fortschrittlichen und friedliebenden Kräfte.

Es ist deshalb verständlich, daß die sozialistischen Staaten an der Ausgestaltung der Weltnatur-Charta aktiv Anteil genommen und durch Stellungnahmen und Vorschläge besonders zum Problemkreis Frieden — Abrüstung — Umwelt die Notwendigkeit der Beseitigung der Kriegsgefahr, der Zügelung des Wettrüstens und der Vereinbarung von Abrüstungsschritten herausgestellt haben. Die DDR hat in diesem Zusammenhang erklärt, daß der Beitrag, den die UNO zur Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes zu leisten vermag, nicht von ihrer grundlegenden Aufgabe, der Erhaltung und Festigung des Weltfriedens, getrennt werden kann. Die DDR vertritt daher die Auffassung, daß „die Festigung von Frieden und Sicherheit, die Beendigung des Wettrüstens und der Übergang zu realen Abrüstungsschritten, die Entwicklung einer Atmosphäre der Entspannung und der konstruktiven Zusammenarbeit“ der Staaten notwendige Bedingungen für den erfolgreichen Schutz und den Erhalt der Natur für heutige und künftige Generationen (sind)² und damit auch die entscheidende Voraussetzung für die Realisierung der in der Weltnatur-Charta enthaltenen Aufgabenstellung bilden.

Grunddokumente der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes

Mit der Weltnatur-Charta gibt es nunmehr in Ergänzung zur Deklaration der Stockholmer UN-Konferenz über die menschliche Umwelt (1972), zu den Schlußfolgerungen und Empfehlungen der Experten-Sondertagung von Montevideo (1981), zur Weltnaturschutzstrategie der IUCN (1982) sowie zur Deklaration von Nairobi (1982) eine weitere maßgebliche internationale Orientierung für das Herangehen an das komplexe Problem Umweltschutz.²

Diese mit unterschiedlich hoher Autorität versehenen Dokumente veranschaulichen nicht nur den gewachsenen Erkenntnisstand hinsichtlich der objektiven Ursachen und Wirkungsbedingungen der immer bedrohlicher zunehmenden Umweltschäden; sie zeugen auch von dem anhaltenden internationalen Ringen, das Umweltproblem entsprechend dem Charakter unserer Epoche im Sinne des gesellschaftlichen Fortschritts, auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen

Koexistenz, insbesondere der Prinzipien der souveränen Gleichheit und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten, sowie im Rahmen der Umgestaltung der internationalen Beziehungen auf demokratischer Grundlage schrittweise einer akzeptablen Lösung zuzuführen. Dabei wird der enge Zusammenhang zwischen dem Umweltproblem und dem Kampf um die ökonomische und soziale Befreiung der Entwicklungsländer sowie dem europäischen Entspannungsprozeß durch Art. 30 der Charta der ökonomischen Rechte und Pflichten der Staaten vom 12. Dezember 1974 sowie durch Ziff. 5 des Kapitels „Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt“ der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vom 1. August 1975⁴ veranschaulicht.

Die Auseinandersetzung mit bestimmten, aus der imperialistischen Gewaltpolitik erwachsenden Gefahren für die natürliche Umwelt der Völker wird z. B. in der von der Sondertagung des UNEP-Verwaltungsrates in Nairobi am 18. Mai 1982 verabschiedeten Resolution Nr. IV deutlich, in der es um die umweltschädlichen Konsequenzen des israelischen Projekts eines Kanalbaus zwischen dem Mittelmeer und dem Toten Meer geht. In dieser Resolution wird unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die UN-Charta und den Grundsatz des Völkerrechts, wonach „die Aktivität von Besatzungsmächten zur Veränderung der Natur der von ihnen okkupierten Gebiete illegal ist“, eine Untersuchung jeglicher schädlicher Auswirkungen des israelischen Vorhabens auf die Natur und die Umweltbedingungen in den von Israel okkupierten arabischen Territorien gefordert. Zugleich wird festgelegt, daß der 11. regulären Tagung des UNEP-Verwaltungsrates hierüber ein gesonderter Bericht vorzulegen ist.

Aus den o. g. fünf Grunddokumenten des internationalen Umweltschutzes erwächst die Frage nach den Aufgaben und damit nach den Möglichkeiten und Grenzen der internationalen Zusammenarbeit zur Weiterentwicklung des internationalen Umweltrechts. So ist u. a. zu klären, welche Bedeutung die in den Grunddokumenten enthaltenen Prinzipien für die rechtliche Ausgestaltung der internationalen Zusammenarbeit haben, welche konkreten Rechte und -Pflichten bereits heute aus ihnen ableitbar sind und welche Entwicklungsrichtung zu erkennen ist.

Progressive Entwicklung und Kodifikation des internationalen Umweltrechts

Als Bestandteil des allgemein-demokratischen Völkerrechts kann das internationale Umweltrecht nur im Wege der progressiven Entwicklung und Kodifikation weiterentwickelt werden. Dieses Konzept, das in Art. 13 Ziff. 1 Buchst. a der UN-Charta verankert ist, beruht darauf, daß das Völkerrecht der Gegenwart angesichts der Existenz von Staaten unterschiedlicher sozialökonomischer Systeme stets der Vereinbarung als Geltungsgrundlage bedarf. Das bedeutet, daß die für den Kodifikationsprozeß relevante Staatenpraxis und die ihr zugrunde liegende Rechtsüberzeugung ebenso wie die aus neuen Gegebenheiten und Erfordernissen erwachsenden Rechtsvorstellungen von Staaten aller Systeme getragen sein müssen.

In diesem Zusammenhang ist auf das Statut der UN-Völkerrechtskommission (ILC) vom 21. November 1947⁵ zu verweisen, das die beiden Begriffselemente „progressive Entwicklung“ und „Kodifikation“ näher umschreibt. Nach Art. 15 des Statuts ist unter „progressiver Entwicklung des Völkerrechts“ zu verstehen, „die Vorbereitung von Vertragsentwürfen über Gegenstände, die vom Völkerrecht noch nicht geregelt sind oder bezüglich derer das Recht in der Praxis der Staaten noch nicht genügend entwickelt ist“. Als „Kodifikation des Völkerrechts“ gilt nach Art. 15 „die präzisere Formulierung und Systematisierung der Bestimmungen des Völkerrechts über Ge-